

Evakuierung nach Störfall geprobt 15.10.84

Bruch der Hauptkühlleitung im Reaktor Gundremmingen angenommen — Über 1000 halften Landräte lobten „vorbildliche Zusammenarbeit“ zwischen den Katastrophenschutzkräften

Dillingen/Günzburg. (Lb) „Wir haben halt mitgespielt.“ Mit dieser Bemerkung kommentierte der Technische Direktor des Kernkraftwerks Gundremmingen, Reinhardt Etmeyer, die nach seiner Ansicht „unrealistische Ausgangslage“ für eine am Samstag in den Landkreisen Dillingen und Günzburg sowie im benachbarten baden-württembergischen Raum durchgespielte Katastrophenschutz-Vollübung. Angenommen worden war für die rund achtstündige Übung mit mehr als 1 000 Einsatzkräften ein von den Kraftwerksbetreibern für undenkbar gehaltener Bruch der Hauptkühlmittelleitung im Reaktor und ein dadurch bedingtes Austreten von erhöhter Radioaktivität.

Nach der vorgegebenen Störfallmeldung seitens des Kernkraftwerks um 5.15 Uhr morgens hatten die örtlichen Einsatzleitungen die Entscheidungen zur Auslösung des Katastrophenfalls und der damit verbundenen Maßnahmen zu treffen. Solche Einsatzzentralen wurden in den Landratsämtern Günzburg und Dillingen eingerichtet. Im Zusammenwirken mit den Fachbehörden wurden entsprechend der Übungslage im Verlauf des Vormittags die Vorbereitungen zur Evakuierung mehrerer Ortschaften im Landkreis Günzburg und der Stadt Gundelfingen im Landkreis Dillingen mit zusammen rund 8 000 Einwohnern getroffen. Die Entscheidung zur Evakuierung erfolgte gegen 10 Uhr.

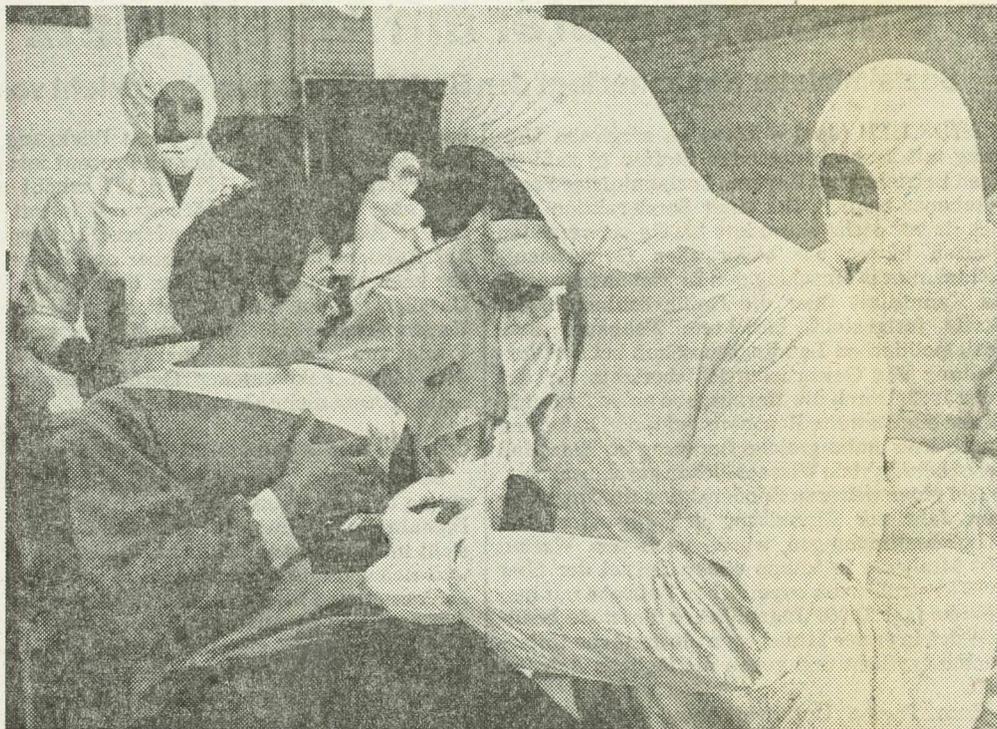
Ziel der unter Federführung des Bayerischen Innenministeriums stehenden Übung war es nicht, wie mehrfach betont wurde, den realistischen Ablauf eines Störfalls im Kernkraftwerk durchzuspielen, sondern vielmehr die Erprobung der nach einem Störfall zu treffenden Katastrophenschutzmaßnahmen. Hierbei sollte vor allem das kreis- und ländergrenzenüberschreitende Zusammenwirken der Einsatzzentralen und Führungskräfte getestet werden.

Die Landräte von Günzburg und von Dillingen, Georg Simnacher und Anton Dietrich, lobten in ersten Stellungnahmen nach Abschluss

der Übung am Nachmittag die „vorbildliche Zusammenarbeit“ zwischen den Katastrophenschutzkräften in beiden Landkreisen. Auch die Zusammenarbeit mit baden-württembergischen Dienststellen — wohin im Ernstfall Teile der Bevölkerung evakuiert würden — habe gut funktioniert.

In einer Reihe von Sonderübungen wurde auch der technische Ablauf bei der Einrichtung von sogenannten Notfallstationen geübt. Solche Notfallstationen, in denen kontaminierte Personen und Fahrzeuge entgiftet und versorgt werden, waren unter anderem in Wertingen und Leipheim sowie im baden-württembergischen Ehingen eingerichtet worden.

Das Polizeipräsidium Schwaben betrieb eine eigens von Augsburg nach Günzburg verlegte Führungszentrale. Während absperrend- und verkehrsleitende Maßnahmen nur als Stabsrahmenübung durchgespielt wurden, kamen die bei den Polizeidienststellen eingerichteten Straßenmeßtrupps voll zum Einsatz. Eine detaillierte Auswertung der Übung wird nach Auskunft der Bezirksregierung von Schwaben erst im Verlauf einiger Wochen möglich sein. Nach einem ersten Überblick sei die Übung jedoch zufriedenstellend verlaufen.



NUR ZUR ÜBUNG messen Sanitätskräfte die Strahlenverseuchung bei einer Katastrophenschutzübung in der Nachbarschaft des schwäbischen Kernkraftwerks Gundremmingen.

Photo: dpa

Katastrophenübung um das Atomkraftwerk Gundremmingen

Ernst beim Spielen eines Strahlenunfalls

Kraftwerkstechniker halten Gefahr nach dem Bruch eines Kühlmittelrohrs für völlig unrealistisch

Von unserem Redaktionsmitglied Dieter Baur

DILLINGEN, 14 Oktober – Als das Spiel mit dem Tod vorüber war, konnten sich die Verantwortlichen zufrieden zurücklehnen. Erstens, weil ein „GAU“, wie er soeben im Umfeld des Kernkraftwerks Gundremmingen geprobt worden war, nach Auffassung der Techniker ohnehin unmöglich und die Übungslage somit unrealistisch gewesen war. Zweitens, weil das „Sandkastenspiel“ gezeigt hatte, daß für den Fall, daß so Unrealistisches doch einmal zur Realität werden sollte, alles wie am Schnürchen klappen würde, bis hin zur Evakuierung von 8000 Bürgern, die, drittens, von dem Spektakel kaum belästigt wurden. Ihre Verfrachtung in Lastern und Omnibussen nach Baden-Württemberg wurde nur simuliert, sie bekamen nicht viel mehr mit als heulende Sirenen, Lautsprecherdurchsagen und ungewöhnliche Fahrzeugbewegungen. Viertens schließlich konnte das Innenministerium eine Fülle von Erkenntnissen buchen, die nach der Auswertung der großangelegten Modellübung nun in die bayerischen Katastrophenschutzpläne eingearbeitet werden sollen.

Alarm um 5.15 Uhr

„Extrem unwahrscheinliche“ Ausgangsbasis dieser Katastrophenschutzübung in den Landkreisen Dillingen und Günzburg war ein unterstellter Leitungsbruch im Reaktor Gundremmingen und das drohende Austreten erheblicher Mengen von Radioaktivität, weil die Druckbehälter entlastet, „gelüftet“ werden sollten. Um 5.15 Uhr es Alarm. Bei Wind aus Südwest – so die Übungslage an diesem tatsächlich windstillen Tag – hatten die Einsatzstäbe in den Landratsämtern Dillingen und Günzburg zu reagieren: mit grenzüberschreitenden Aktivitäten, beispielsweise mit der Einschaltung der kerntechnischen Hilfs-GmbH Karlsruhe, die binnen dreieinhalb Stunden zur Stelle war, und der Experten des Landesamts für Umweltschutz in München, die ebenfalls aus dem Bett geholt wurden. Sie kamen, weil die schnellere Anreise im Hubschrauber wegen Nebels nicht möglich war, mit Polizei-Eskorte, Blaulicht und Sirene auf der Straße.

Um zehn Uhr war die – angenommene – Lage dann so gespannt, die Wahrscheinlichkeit des Austritts von Radioaktivität so groß, daß den GAU-Spielern die Evakuierung von Gundelfingen und mehreren Orten rundum ratsam erschien. Die Zusammenarbeit mit den längst vorgewarnten zuständigen Stellen in Baden-Würt-

temberg, berichteten später vor der Presse die Landräte Anton Dietrich und Georg Simmacher, habe in Theorie und Praxis ganz ausgezeichnet geklappt.

Das war, hörte man, auch bei Sonderübungen in Ehingen im Württembergischen, in Leipheim im Kreis Günzburg und in Wertingen im Kreis Dillingen so, wo Notfallstationen eingerichtet und kontaminiertes Material und Personal „entstrahlt“ wurden. Die Dusche im Wertinger Hallenbad gehörte ebenso ins Programm der Strahlenexperten wie das Verteilen von Calcium-Jodid-Tabletten an die Bevölkerung. Zu testen war dabei, ob die Einsatzleitung diese Schilddrüsenpuffer rechtzeitig und gezielt genug an Frau und Mann bringen würde. Sie tat es, und bald war die Resistenz der Bürger gegen Radioaktivität – auf dem Papier – soweit erhöht, wie dies möglich ist.

Daß den Betreibern des Kraftwerks die „Vollübung“ eher unangenehm war, weil sie auf die Sicherheit ihrer Reaktoren schwören, versteht sich von selbst. Reinhard Ettenmeyer, der technische Direktor des Kraftwerks Gundremmingen – wo Block A inzwischen bereits wieder abgebaut wird, während Block B seit März auf Touren ist und Block C vor der Inbetriebnahme steht – wurde denn auch nicht müde, darauf hinzuweisen, daß der unterstellte Leitungsbruch gar keinen gefährdenden Zustand hätte zur Folge haben können. Hätte also gar keine Rede sein dürfen von Evakuierung, von verstrahlten Meßstrüppchen oder von Jodtabletten kauenden Menschen?

Die Behörde relativierte, weil es ihr ja nicht um den konkret angenommenen Fall, sondern um Reaktionen auf jeden nur denkbaren Unfall ging. Zwar sei, konstatierte die Regierung von Schwaben, die „erforderliche Vorsorge gegen denkbare Schäden nach dem Stand von Wissenschaft und Technik getroffen“. Jedoch könnten „Ereignisabläufe, die unter Umständen für Personen eine die Grenzwerte übersteigende Strahlenexposition oder Inkorporation radioaktiver Stoffe zur Folge haben und die auch die Umgebung beeinträchtigen, nicht mit völliger Sicherheit ausgeschlossen werden“.

Leben mit der Radioaktivität

Man muß halt mit der Radioaktivität leben und umgehen können, wie man es in Gundremmingen auch in einem anderen Bereich bereits tut. So gab unlängst Umweltminister Alfred Dick repräsentative Anlageteile des Maschinenhauses im stillgelegten Reaktor A, die von Radioaktivität gereinigt wurden, frei für die Verwendung beim Straßenbau, und das Landesamt für Umweltschutz genehmigte das Einschmelzen von sechs Tonnen Stahlschrott in einer Gießerei. Weitere 200 Tonnen dekontaminierter Schrott liegen, sauberlich zerkleinert, längst in Containern auf dem Betriebsgelände Gundremmingen zur Wiederverwertung bereit. Die abgebauten Beton- und Schrott-Teile unterscheiden sich bei Messungen „nicht von entsprechenden Rohstoffen mit natürlicher Radioaktivität“.

Rosenheimer Chefarzt verurteilt

30 000 Mark Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung / Patientin verblutet

ROSENHEIM (dpa) – Ein Rosenheimer Chefarzt ist vom Landgericht Traunstein wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 30 000 Mark verurteilt worden. Die 1. Strafkammer war der Überzeugung, daß am 1. November 1978 eine 37-jährige Patientin nach einer Gebärmutteroperation gestorben ist, weil sich die Fadenschlinge um eine Arterie gelöst hatte. Die Frau hatte wegen des Kunstfehlers 50 Prozent Blut verloren. Dem angeklagten 51-jährigen Arzt wurde vorgeworfen, er habe bei der Visite versäumt, die nötigen lebensrettenden Schritte einzuleiten. Bei der Strafzumessung gab es widersprüchli-

che Aussagen bezüglich des Einkommens des Angeklagten. Er verdiene nur 3000 bis 4000 Mark monatlich; alles andere müsse er in die Klinik mit ihren 70 Mitarbeitern investieren, hatte der Angeklagte erklärt. Das aber glaubte der Vorsitzende Richter nicht und riet dem Angeklagten, bei diesem Defizit die Klinik zuzusperren.

Mit dem Urteil bestätigte die Kammer den Spruch des Rosenheimer Schöffengerichts, das den Mediziner im Sommer bereits zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu je 200 Mark verurteilt hatte.

28.9.84

„Atom-Alarm“ im Rathaus

Grüne Stadträte spielen den Ernstfall / Im Taxi zum Schutzraum in die Heßstraße

Gestern vormittag im Fraktionszimmer der Grünen/ALM. Auf einer Pressekonferenz erläutern die Grünen gerade, wie sie – nachdem ihnen eine aktuelle Friedensstunde im Stadtrat abgeschmettert wurde – das Thema Kriegsvorbereitungen in München mit einer Reihe von durchaus provokativen Anfragen und Anträgen thematisieren wollen. Plötzlich – es ist genau 10.07 Uhr – stürzt ein Mitarbeiter der Grünen im weißen „Schutzanzug“ ins Zimmer und ruft: „Atomalarm! Wir haben genau sechs Minuten Zeit, um den ABC-Schutzbunker in der Heßstraße 120, in dem für 3000 ausgesuchte Münchner, darunter auch für Stadträte, Plätze reserviert sind, zu erreichen.“

Einige Journalisten spielen das makabre Spiel mit, sehen zu, wie die Grünen Stadträte „Schutzanzüge“ anziehen, Gasmasken (oder Skibrillen) aufsetzen und Haushaltshandschuhe aus Gummi überstreifen. „Gestern, als bundesweit ABC-Probealarm war, haben wir im Sitzungssaal des Rathauses die Sirenen nicht einmal hören können“, sagt Stadtrat Gerd Wolter. Vor dem Rathaus – das Transparent „München atomwaffenfrei“ vor den Fraktionsfenstern ist noch nicht entfernt – stürzen die Grünen Stadträte in vier Taxis. „Zur Heßstraße 120, so schnell wie möglich, bitte.“ Sechs Minuten später – die „Vorwarnzeit“ ist also um – sind die Taxis durch den Münchner Alltagsverkehr gerade bis zum Odeonsplatz gekommen. Die Stadträte steigen aus und spielen vor kopfschüttelnden Passanten tot auf dem Bürgersteig. Einer umsprüht ihre „leblosen“ Körper mit schwarzer Farbe, um „ein Zeichen zu setzen“.

Trotzdem wird die Fahrt zum „VIP-Schutzbunker“ fortgesetzt. Als die vier Taxis eine halbe

Stunde nach dem „Alarm“ dem Gebäude des Technischen Hilfswerks in der Heßstraße ankommen, wundern sich die Grünen in ihrer seltsamen Verkleidung nicht wenig, daß sie ungehindert Zugang haben. „Hier stehen im Ernstfall natürlich Bewaffnete, die jeden, der nicht auf der Berechtigungsliste steht, den Eingang verwehren müssen“, sagt einer.

„Was tun Sie hier?“

Heute kommen die Grünen rein und folgen den Schildern „Zum Schutzraum“. Durch einen langen Gang vorbei an Duschen zum Abwaschen der Strahlung, an Panzertüren, ABC-Erste-Hilferäumen, Medikamentendepots und Schutzausrüstungen, die ordentlich an der Wand hängen, gelangen sie tatsächlich in den eigentlichen Schutzraum. Hier sind Notpritschen nebeneinander und übereinander aufgebaut, so daß man sich den Ernstfall – 3000 Münchner VIP's auf engstem Raum – gespenstisch vorstellen kann. Erst viel später – gerade wird ein weiteres „Zeichen“ auf den Fußboden des Schutzraums gemalt, kommen Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks und fragen: „Was tun Sie hier und wer sind Sie?“

Verfolgungsjagd auf Stadträte

„Wir sind Stadträte“, sagen die Stadträte und nehmen die Beine in die Hand. Nach einer kurzen Verfolgungsjagd sind beide Ausgänge des „Führungsbunkers“ verschlossen. Über einen dritten, der offensichtlich vergessen wurde, springen die Grünen in ihren weißen Schutzanzügen in die vier Taxis und fahren zurück zu ihren Amtsgeschäften im Rathaus.

In einer ihrer Anfragen zum Thema „Kriegs-

vorbereitung“ in München erläutern die Grünen den Hintergrund für diese spektakuläre Aktion. Sie fragen, nach welchem System im Ernstfall die Personen ausgewählt werden, die einen der nur 20 000 Schutzplätze in München benutzen dürfen. Außerdem wollen sie wissen, ob es stimmt, daß es eine Namensliste für die 3000 Plätze im Schutzbunker Heßstraße gibt. Der Kreisverwaltungsreferent habe im Gespräch mitgeteilt, daß es so eine Liste nicht gebe und daß sie außerdem Geheimsache sei. Schließlich wollen die Grünen in ihrer Anfrage noch wissen, was man im Schutzbunker tun soll, wenn – „wie es bei einem Atombombenabwurf auf die Rüstungsstadt München zu erwarten ist“ – die Temperaturen dort auf 900 Grad ansteigen.

Nach dem Ernstfall Trockenbier?

In weiteren Anfragen und Anträgen zum Thema verlangen die Grünen die Einstellung von städtischen Aufträgen an die „Rüstungsfirma“ MAN, fragen ob und wo in München Atomhaubitzen, Giftgase und biologische Waffen gelagert sind und wollen auch wissen, wie sichergestellt sei, daß das Oktoberfest auch nach dem Ernstfall noch stattfinden kann, ob dazu strahlenresistentes Trockenbier entwickelt werde und wie das schmeckt.

Evelyn Roll



DIE VORWARNZEIT VON SECHS MINUTEN hat für die grünen Stadträte nicht gereicht, um den „VIP-Schutzbunker“ in der Heßstraße zu erreichen. Sie legten sich schon am Odeonsplatz auf das Trottoir der Ludwigstraße und stellten sich tot.
Photo: Stefan Linde